

## Nr. 5

### Beschluss des MIT-Bundesvorstands vom 12. bis 13. April 2013 in Königswinter

#### Antragsteller: MIT Hessen

## Politischer Kurs der CDU muss mittelstandsfreundlich bleiben

Die CDU Deutschland wird aufgefordert, ihre Politik für den Mittelstand und die Mitte der Gesellschaft zu intensivieren und den Schwerpunkt nicht in weiteren Umverteilungsdiskussionen zu setzen.

Dabei müssen die Grundsätze der „Wilhelmshavener Erklärung“ vom Januar 2013, in der mehr mittelstandsfreundliche Politik gefordert wird, umgesetzt werden.

#### Begründung:

In der politischen Auseinandersetzung im Vorfeld der Bundestagswahlen vom 22. September 2013 gibt es zunehmend eine Gerechtigkeitsdebatte, wobei der Schwerpunkt, auch in der CDU, auf die Verteilungsgerechtigkeit gelegt wird und nicht auf die Leistungsgerechtigkeit.

Diskussionsbeiträge von namhaften CDU-Vertretern hinsichtlich weiterer Steuererhöhungen und hinsichtlich der Erweiterung staatlicher Leistungen sind dabei nicht hilfreich.

Bei allem Verständnis für die taktische Frage, wie man am besten Wahlen zu gewinnen glaubt, darf aber die wichtige Frage, dass derjenige, der etwas leistet, mehr haben muss als derjenige, der nichts leistet, nicht aus dem Fokus der Politik verschwinden. Denn ansonsten ist die CDU nur eine Kopie der linken Parteien, die nur umverteilen wollen und dafür mehr Staat brauchen. Eine solche Diskussion kann die CDU im Übrigen nicht gewinnen. Sie muss sich verstärkt wieder auf ihre Stammwähler und die Leistungsträger konzentrieren.

Deutschland hat kein steuerliches Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Es muss daher klarer als bisher dargelegt werden, dass man mit höheren Ausgaben für soziale Maßnahmen, die diejenigen zahlen müssen, die Leistungsträger sind und schon bisher genügend zahlen, die Zukunft nicht gewinnen kann.